

5 JUSTIZ-, POLIZEI- UND MILITÄRDIREKTION

Generelle Absichtserklärung

Voraussehbare Schwerpunkte im Jahre 2002 werden für die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion die Weiterführung der Gerichtsreform, aber auch die Umsetzung der Bundesvorhaben in den Bereichen Armee und Bevölkerungsschutz, gezielte Massnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit sowie verschiedene Gesetzgebungsvorhaben sein.

Programmpunkt Nr. 5.01

Öffentliche Sicherheit / Kriminalitätsbekämpfung/ Bevölkerungsschutz

Übersicht

Die Sicherheit der Bevölkerung umfasst verschiedenste Gebiete. In diesen werden gesetzte Schwerpunkte - beispielsweise in der Kriminalitätsbekämpfung, aber auch in der Verkehrssicherheit, vertieft. In den Bereichen Armee und Bevölkerungsschutz sind von Bundesseite Änderungen zu erwarten. Diese gilt es aufzunehmen und im Kanton die entsprechenden Anpassungen und Strukturänderungen vorzunehmen

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Kriminalitätsbekämpfung		
Vertiefung der trinationalen Zusammenarbeit	5.01.10 Umsetzung des Staatsvertrags mit Deutschland im Aufgabenbereich der polizeilichen Zusammenarbeit	Es wurde ein Leitfaden zum Staatsvertrag erarbeitet und beim Korps der Polizei BL instruiert. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gemäss Staatsvertrag hat gut begonnen.
Weitere Umsetzung der erweiterten Kriminalitätsbekämpfung	5.01.07 Einsatz der neuen zentralisierten Fahndung.	Dieses Element ist eingesetzt. Eines der wichtigsten Aufgabengebiete ist die bekannte Aktion Wellenbrecher in Zusammenarbeit mit der Grundversorgung.
	5.01.07 Bekämpfung des Drogenhandels auf höchstmöglicher Stufe	Es gibt keine offenen Drogenszenen. Ansätze werden sofort bekämpft. Die Produktion des Marihuana für die Hanfläden erfolgt grösstenteils in sogenannten Hanf-Indoor Anlagen. Im Jahr 2002 wurden diverse solcher Anlagen durch die Polizei Basel-Landschaft geschlossen und insgesamt über 2 Tonnen Marihuana beschlagnahmt.
Verkehrssicherheit		

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Optimale Strukturen in der Hauptabteilung Verkehrssicherheit	5.01.26 Aufbau einer Verkehrsanalysestelle (neu)	Zwei Fachleute (Verkehrsingenieure) konnten verpflichtet werden. Sie nehmen ihre Arbeit am 1.2.2003 auf. Zu Beginn werden der Aufbau und die Strukturierung einer Verkehrsanalysestelle Haupttätigkeitsgebiete sein.
Vermehrte Kontrollen	5.01.22 Weiterentwicklung des Geschwindigkeitskontrollkonzepts durch die Inbetriebnahme neuer Standorte	Es wurden im 4. Quartal 2002 zwei neue Apparate beschafft. Allerdings musste wegen der temporären Schliessung im Bereich Frenkendörferstrasse, Pratteln neu geplant werden. Deshalb werden die zwei neuen Standorte erst im ersten Quartal 2003 in Betrieb genommen-.
	5.01.21 Weiterentwicklung des Konzeptes "Schwerverkehrskontrollen" durch die Intensivierung der Kontrolltätigkeit	Die Intensivierung erfolgte gemäss Plan. Basierend auf den Erfahrungen des Vorjahres wurde auch die Methodik verfeinert.
Gewaltprävention		
Keine Verbreitung des Rechtsextremismus in Baselland	5.01.27 Entwicklung und Umsetzung geeigneter Massnahmen (Information und Aufklärung an Schulen, Vernetzung aller involvierten Stellen, Zusammenarbeit mit Basel-Stadt, konsequentes Vorgehen bei Verletzung der Rechtsordnung)	Im Jahre 2002 bestimmten Basel-Stadt und Baselland die Mitglieder einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, die ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Darin sind Vertretungen der Schulen, der Polizei, Jugendanwaltschaften etc. Diese Arbeitsgruppe, aber auch diejenige des Kantons Basel-Landschaft dient der Vernetzung. In Baselland wurde u.a. auch Information an den Schulen betrieben Im übrigen wurde das Präventionskonzept des Regierungsrat umgesetzt.
Intensivierung der polizeilichen Intervention gegen häusliche Gewalt	5.01.28 Aufbau von Schulungsmodulen durch die drei FachspezialistInnen in den Bereichen "Opferhilfe" und "häusliche Gewalt" für die Aus- und Weiterbildung der Polizeimitarbeitenden	Die AspirantInnen erhielten eine zweieinhalbtägige, intensive Weiterbildung zu den Themen : "Gewalt an Kindern" und "Opferhilfe, wie geht das?" Das Controlling der Polizeimitarbeitenden durch die Fachspezialisten wurde intensiviert. Einsätze wurden überprüft und mit einzelnen Mitarbeitenden durchgearbeitet. Die Vernetzung der sozialen Institutionen wurde vorange- trieben. So wurde konkrete Vorgehensweisen mit Partnerorganisationen ausgearbeitet und eingeführt.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Optimierte Verbrechensprävention	5.01.29 Integration in die Oeffentlichkeitsarbeit (neu)	Die mit 100 Stelleprozenten dotierte Präventionsstelle wurde erfolgreich in den Bereich Oeffentlichkeitsarbeit integriert. Die Beratungstätigkeit konnte intensiviert werden.
Steigerung der polizeilichen Präsenz im Rahmen des Community Policings	5.01.30 Start eines Sicherheitsmarketings durch gezielte Präsenz in der Öffentlichkeit (neu)	Im Rahmen der personellen Möglichkeiten wurde das Konzept umgesetzt, beispielsweise durch mehr Präsenz in den Quartieren, Teilnahme an Gewerbeausstellungen und Aktionen in Einkaufszentren.
Bevölkerungsschutz		
Erreichen von breiter politischer Akzeptanz für den neuen Bevölkerungsschutz in Baselland	5.01.23 Anpassung der Rechtsgrundlagen, insbesondere der Gesetzgebung über den Bevölkerungsschutz	Das Gesetz über den Bevölkerungsschutz im Kanton Baselland liegt im Vernehmlassungsentwurf vor.
	5.01.24 Erarbeiten eines Konzeptes für einen aufgabenorientierten und effizienten Bevölkerungsschutz und Zivilschutz	Zusammen mit der Gesetzesvorlage ist auch das erwähnte Konzept erstellt worden.
	5.01.24 Zeitgerechte und zielgruppenausgerichtete umfassende Informationstätigkeiten.	Anfang Januar 2003 wurden u.a. alle Gemeinden über den Vernehmlassungsentwurf informiert. Ebenfalls fanden Medienorientierungen statt.
Militär		
Erneuerung des Waffenplatzes Liestal	5.0118 Baubeginn der Sanierungs- und Ausbauarbeiten der Kaserne. Die Anlagen müssen den neuen Nutzern der Kaserne (Führungsunterstützung / Uebermittlingstruppen) ab Sommer 2004 zur Verfügung stehen. (vgl. BUD 4.03.03)	Siehe BUD.
Anpassung der kantonalen Organisationsstruktur an die Armee XXI und das Projekt "Bevölkerungsschutz"	5.01.31 Zusammenlegung der Dienststellen Militärverwaltung (neu) und Amt für Bevölkerungsschutz	Per 1.1.2003 haben die beiden Dienststellen fusioniert, es kam zu keinen Problemen.

Programmpunkt Nr. 5.02 Gesetzgebung

Übersicht

Die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion geht in der Gesetzgebung neue Wege. Erstmals werden die zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehörenden Rechtserlasse (Gesetze, Dekrete, Verordnungen) mit Hilfe einer auszuarbeitenden Kriterienliste auf ihre Notwendigkeit, Aktualität und Verständlichkeit systematisch überprüft. Daneben werden mehrere Gesetzesvorlagen ausgearbeitet.

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Überprüfung der Gesetzgebung		
Systematische und umfassende Überprüfung der Gesetzgebung auf ihre Notwendigkeit und Aktualität	5.02.01 Einsetzung einer Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, bei der JPMD ein Pilotprojekt durchzuführen	Der Regierungsrat hat die JPMD beauftragt, bis Ende 2004 die in ihren Geschäftsbereich gehörenden Rechtserlasse zu überprüfen. Die JPMD-Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit aufgenommen.
	5.02.01 Ausarbeitung einer Überprüfungs-Checkliste mit der anschliessenden Überprüfung in den Dienststellen der in ihren Bereich fallenden Rechtserlasse.	Diese Checkliste ist Bestandteil der Projektunterlagen EFFILEX.
	5.02.01 Erstellung eines Grobkonzeptes zur Einführung der Wirkungskontrolle in der Gesetzgebung.	Im Rahmen des Projektes Effilex wird auch die Wirkungskontrolle in der Gesetzgebung umgesetzt
Modernisierung der Gesetzestechneik	5.02.01.02 Überarbeitung der Weisungen zur Gesetzestechneik vom 1.7.1975. Einsetzung einer Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, die Weisungen zu überprüfen und zu aktualisieren.	Die Arbeitsgruppe ist eingesetzt und hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie wird vom Bereichsleiter Gesetzgebung des GS JPMD geleitet.
Gesetzgebungsvorhaben		
Initiieren und speditive Bearbeitung von Gesetzgebungsvorhaben	5.02.06 Vormundschaftswesen: Umsetzung der Revision des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch betr. Neuorganisation der vormundschaftlichen Aufsichtsbehörde, sofern der Landrat und allenfalls das Volk die vom Regierungsrat vorgeschlagene Neuorganisation verabschieden.	Die Gesetzesrevision ist per 1. Januar 2003 in Kraft getreten und das neue Vormundschaftsamt hat seine -Tätigkeit aufgenommen.
	5.02.07 Amtsvormundschaftsgesetz: Revision des Amtsvormundschaftsgesetzes: <i>Landratsvorlage</i>	Der Landrat hat das revidierte Amtsvormundschaftsgesetz beschlossen. Die Inkraftsetzung ist auf den 1. Januar 2004 geplant.

Ziele**Massnahmen****Amtsbericht 2002**

- | | | |
|------------------|---|---|
| 5.02.09 | Anpassung des Scheidungsrechts und des Bundesgesetzes über den Gerichtsstand in Zivilsachen: Landratsvorlage zur Überführung des Dekretes zum Zivilgesetzbuch über Ehe- und Partnervermittlung, Eheungültigkeit, Ehescheidung und Ehetrennung in das Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch und in die Zivilprozessordnung. Diese Vorlage enthält auch die Anpassungen an das neue Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen. | Der Landrat hat die Überführung in das EG ZGB und in die ZPO vorgenommen. |
| 5.02.10
(neu) | Wirtschaftsgesetz: Aktualisierung, Straffung und Vereinfachung der Verfahren. Ausarbeitung eines Entwurfs in Zusammenarbeit mit der Gastro Baselland. | Der Regierungsrat hat die Vorlage am 4. Februar 2003 zu Händen des Landrates verabschiedet. |
| 5.02.11
(neu) | Kleine StPO-Revision: Vernehmlassungsvorlage zur Optimierung aufgrund der ersten Erfahrungen. Präzisierung einzelner Verfahrensvorschriften. Abschaffung der Vorprüfung von Strafbefehlen | Das Geschäft befindet sich derzeit bei der landrätlichen Justiz- und Polizeikommission. |
| 5.02.12
(neu) | Einführung des neuen StGB (Sanktionenrecht): Anpassung des EG StGB in Hinblick auf das neue Sanktionenrecht, gleichzeitige Abtrennung des kantonalen Übertretungsstrafrechts in einen eigenen Erlass. | Da die eidgenössischen Räte das neue StGB noch nicht beschlossen haben, ist diese Gesetzesvorlage auf das laufende Jahr (2003) übertragen worden. |
| 5.02.13
(neu) | Electronic Monitoring: Gesetzgeberische und organisatorische Vorkehren zur Überführung des Modellversuchs in den Normalbetrieb. | Die erforderlichen Massnahmen wurden getroffen. |
| 5.02.14
(neu) | Wandergewerbe: Aufhebung bzw. Anpassung der kantonalen Bestimmungen im Bereich des Wandergewerbes, sobald der Bund das neue Gesetz über das Gewerbe der Reisenden in Kraft setzt. | Die entsprechende Vorlage wurde vom Landrat Ende Januar 2003 verabschiedet. |

Programmpunkt Nr. 5.03 Gerichte
Übersicht

Fortführung der Anpassung der Rechtgrundlagen im Rahmen der Gerichtsreform

Ziele	Massnahmen	Amtsbericht 2002
Optimierung der Verteilung der Bezirksgerichte und der Friedensrichterkreise	5.03.04 Neugliederung der Gerichtsbezirke (statt 5 noch 2 Bezirksgerichte). Beginn der Vorarbeiten	Es wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen der Gerichte und der JPMD gebildet. Sie hat ihre Tätigkeit aufgenommen
	5.03.09 Landratsvorlage über die Neugliederung der Friedensrichterkreise (statt 23 noch 15)	Die Vorlage wurde dem Landrat unterbreitet.